

Ein neues Bündnis zwischen Thron und Altar?

Der polnische Katholizismus und die Versuchung der Politisierung

Zbigniew Nosowski ist seit 1989 Redakteur der Vierteljahreszeitschrift „Więź“, seit 2001 Chefredakteur und seit 2008 auch Programmdirektor des Think Tanks „Laboratorium Więzi“.

Nach dem Doppelwahlsieg der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) steht der polnische Katholizismus vor einer neuen Versuchung der Politisierung. Ein erheblicher Teil der Kirchenhierarchie unterstützt die Regierungspartei. Erwartet Polen somit ein dauerhaftes Bündnis von Thron und Altar? Nicht unbedingt – denn es kommen wichtige Probleme zum Vorschein, bei denen sich die Sprache der Regierung deutlich von der kirchlichen Sendung unterscheidet.

Das Jahr 2015 könnte sich als ein Wendejahr für eine künftige Geschichte der römisch-katholischen Kirche in Polen herausstellen. Die politischen Veränderungen der vergangenen Monate haben dazu geführt, dass in Polen die Gefahr einer engen Verknüpfung von katholischem Glauben mit der regierenden politischen Gruppierung wiederauflebt – vielleicht nicht so sehr in der Realität, aber doch zumindest im breiten öffentlichen Bewusstsein. Wie aus anderen Ländern bekannt, enden derlei Bündnisse auf längere Sicht meist schlecht für die Kirche, manchmal auch für die Religiosität, da der Glauben für viele Menschen zu einem Teil der offiziellen Ideologie wird. Die in der Zukunft unweigerlich einsetzende Enttäuschung über die politische Macht hängt somit mit einer Abkehr von religiösen Praktiken zusammen, manchmal sogar vom Glauben selbst. Ob es auch in Polen so kommen wird?

Das Jahr der Doppelwahl

Wahlkämpfe in Polen sind stets eine gute Gelegenheit, um zu beobachten, wie auf der einen Seite die verschiedenen politischen Gruppierungen

sich auf den Katholizismus beziehen und wie auf der anderen Seite die Kirchenhierarchie versucht, das Wahlverhalten der Katholiken zu beeinflussen. 2015 fanden in Polen zunächst Präsidentschafts- und später Parlamentswahlen statt. Beide Male kam die Versuchung einer Politisierung des Katholizismus vielfach zum Vorschein – sowohl bei den Politikern als auch bei den Geistlichen.

Aus beiden Wahlen ging die konservative Partei PiS siegreich hervor, die zuvor acht Jahre in der Opposition gewesen war. Ihr Kandidat, der vor dem Beginn des Wahlkampfes wenig bekannte Andrzej Duda, wurde Präsident Polens; später errang die PiS die absolute Mehrheit im Parlament, was es ihr erlaubte, eigenständig die Regierung zu bilden. Erstmals in der Geschichte des demokratischen Polens nach 1989 konnte eine Partei alleine die Regierung stellen. Die PiS übernahm somit die volle Verantwortung für die Zukunft des Landes, doch aufgrund ihrer Ideologie ist auch ein neuer politischer Kontext für die Betätigung der katholischen Kirche entstanden.

Aufgrund der Ideologie der PiS ist auch ein neuer politischer Kontext für die Betätigung der katholischen Kirche entstanden.

Traditionell versuchen bei Wahlkämpfen in Polen verschiedene politische Parteien, etwas von der „Wärme“ der katholischen Kirche abzubekommen. Einer der aussichtslosen Präsidentschaftskandidaten, Grzegorz Braun, nannte sein Wahlkomitee sogar „Grüß Gott“ (Szczęść Boże). Zum Glück hatte seine kuriose Initiative kaum Bedeutung. Alle ähnlichen „erkatholischen“ Einfälle der Rechten gerieten angesichts der Strategie der wichtigsten Oppositionspartei PiS, die in weltanschaulicher Hinsicht darauf beruhte, sich als einzig wahre Verkörperung der katholischen *mainstreams* in Polen darzustellen, ins Hintertreffen. Die PiS-Politiker suchten immer wieder nach kirchlicher Bestätigung ihres Handelns. Vielfach fanden sie diese auch – und zwar in unterschiedlicher Form: von der Möglichkeit, in den Pfarreien Flugblätter zu verteilen, über die problemlos ermöglichte Nutzung von Kirchenzeitschriften und Sendezeit im nationalkatholischen, einflussreichen Sender Radio Maryja bis hin zu einem Auftritt von Parteichef Jarosław Kaczyński auf den Wällen des Klosters Jasna Góra in Tschenschau. Er ist der unbestrittene Führer der PiS und ihr Hauptstrategie.¹ Derzeit übt er keine staatliche Funktion aus und „beordnete“ Andrzej Duda ins Präsidentenamt und

¹ Vgl. dazu das Porträt in diesem Heft auf S. 225-230.

Beata Szydło als Premierministerin. Bekanntlich fällt aber im Regierungslager keine wichtige Entscheidung ohne sein Einverständnis. Er ist dafür verantwortlich, dass seine Partei den derzeitigen weltanschaulichen Charakter erhalten hat, der sich im Wesentlichen darauf stützt, die Bezüge zum traditionellen polnischen Katholizismus herauszustreichen.

Zwar hat der heutige PiS-Vorsitzende vor über 20 Jahren scharfsinnig erkannt, dass eine nationalkatholische politische Partei der kürzeste Weg zur Entchristianisierung Polens sei. Heute aber scheint er zu dem Schluss gekommen zu sein, dass seine Partei nicht in der Lage ist, die Macht zu erlangen und zu erhalten, ohne sich auf die Phraseologie einer Verteidigung von Glauben und bedrohten traditionellen Werten zu stützen. Damit verkörpert er selbst eine politische Instrumentalisierung des Glaubens, vor der er zuvor gewarnt hatte. Nun greift er oft und offen darauf zurück, und sei es nur, indem er bestimmten Geistlichen für die Unterstützung dankt, ohne die der PiS-Sieg nicht möglich gewesen wäre (an erster Stelle nannte Kaczyński natürlich den Direktor von Radio Maryja, den Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk).

Die offizielle Haltung des polnischen Episkopats war anders als bei den beiden letzten Wahlkämpfen. Bei den Präsidentschaftswahlen gehörten die Sympathien der meisten Bischöfe deutlich dem PiS-Kandidaten Andrzej Duda, auch wenn man vielleicht noch eher Ablehnung oder Misstrauen gegenüber dem amtierenden Präsidenten Bronisław Komorowski erkennen konnte. Hier wurde die rechtliche Regelung zur künstlichen Befruchtung zu einer emotional aufwühlenden Streitfrage. Komorowski entschloss sich in einem kritischen Augenblick seines Wahlkampfes dazu, die weitverbreitete künstliche Befruchtung zu einem Schlüsselement seiner Wahlargumente zu machen – im Gegensatz zu seinem wichtigsten Gegenkandidaten, dem der Präsident vorwarf, Polen ins Mittelalter zurückführen zu wollen. Dieser Standpunkt des amtierenden (katholischen) Präsidenten löste viele Kommentare aus, unter anderem den Vorschlag, ihm die heilige Kommunion zu verweigern, da er schwer sündige.

Zwischen weltanschaulicher Leere und Ideologisierung

Bei den Parlamentswahlen hielt sich der Episkopat zurück und unterstützte selbst inoffiziell keine Gruppierung mehr. Auf dieses Prinzip beziehen sich zwei Dokumente direkt: ein Aufruf des Vorsitzenden

der Polnischen Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, an die politischen Parteien, und eine Mitteilung der Bischofskonferenz vor den Wahlen, die am letzten Sonntag vor der Abstimmung in den Kirchen ganz Polens verlesen werden sollte. Dennoch war angesichts der Entwicklung in den vorausgegangenen Monaten klar, dass die Sympathien eines Großteils des Klerus, auch des Episkopats, auf Seiten der PiS lagen.

Ein neues, sehr bezeichnendes Phänomen des Wahlkampfes von 2015 war es, dass junge, tiefgläubige Katholiken die linke Partei Razem („Gemeinsam“) unterstützten, obwohl deren offizielles Programm sich für die Einführung gleichgeschlechtlicher Ehen ausspricht. Offensichtlich war hier zu sehen, dass diese Gruppe genug davon hatte, wie zuvor immer nur zwischen der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO – die letzten acht Jahre die wichtigste Re-

Die PO war von einer liberal-konservativen Gruppierung zu einer überzeugungslosen Partei der Macht geworden, die PiS hat sich von einer gemäßigt konservativen Rechten zu einer breiten Volksfront mit einem deutlichen nationalkatholischen Touch entwickelt.

gierungspartei) und der PiS entscheiden zu müssen. Kein Wunder, denn diese beiden Parteien hatten in den letzten Jahren eine extrem negative Entwicklung genommen: Die PO war von einer liberal-konservativen Gruppierung zu einer überzeugungslosen Partei der Macht geworden, die PiS von einer gemäßigt konservativen Rechten zu einer breiten Volksfront mit einem deutlichen nationalkatholischen Touch.

Die Ablehnung der Alternative „entweder inhaltsleere PO oder die den Glauben ideologisierende PiS“ bewog junge Katholiken dazu, eine sehr wichtige weltanschauliche Diskussion neu aufzugreifen. Sie stellten sich vor allem die Frage: Da keine Partei die Erwartungen der katholischen Soziallehre ideal verkörpert (und auch nicht verkörpern wird), wen soll man dann überhaupt wählen? Welches Kriterium sollte für die eigene Entscheidungsfindung am wichtigsten sein? Muss es die Einstellung zur rechtlichen Regelung von Abtreibung, Euthanasie und künstlicher Befruchtung sein? Oder vielleicht die Haltung zu Flüchtlingen? Oder zur Todesstrafe? Und warum nicht zu Armen, Arbeitslosen und Ausgestoßenen? Können unterschiedliche persönliche Sensibilitäten von Katholiken die Entscheidung zur Unterstützung politischer Parteien begründen?

Immer häufiger wird bei den polnischen Katholiken politische Betätigung als Verlängerung der kirchlichen Einflussphäre verstanden. In schwierigen Fragen sind Politiker, die sich auf den Katholizismus

berufen, eindeutig unselbstständig und warten augenscheinlich auf Hinweise von den Geistlichen – viele sogar eher auf Ratschläge aus Thorn (wo Radio Maryja seinen Sitz hat) als aus dem Sekretariat der Bischofskonferenz. Die Politisierung des Katholizismus zeigt sich auch daran, dass diesem Gebiet des sozialen Lebens übermäßige Aufmerksamkeit zu Teil wird. Der Chefredakteur der größten katholischen Wochenzeitung „Gość Niedzielny“, Marek Gancarczyk, erklärte sogar: „Meine Damen und Herren, das ewige Leben hängt von den Politikern ab“ und nannte die Wahlen einen „religiösen Akt“.

Die Sorge um die Einhaltung christlicher Werte konzentriert sich immer noch vor allem auf die Gesetzgebung, was sich aus der Überzeugung erklärt, dass objektive Moralnormen, wie sie die Kirche verkündet, ihre Entsprechung in der zivilen Gesetzgebung finden müssen. Immer stärker wird die nationalkatholische Denkströmung, bei der nicht zufällig „national“ vor „katholisch“ steht. Diese Sehnsüchte fußen auf der Annahme, dass die Gesellschaft am ehesten durch Einfluss auf die Machthaber und dadurch auf das staatliche Recht moralischer gemacht werden kann. Dabei handelt es sich eher um ein Bestreben nach Sakralisierung von oben als um eine Durchdringung der Welt mit dem Geist des Evangeliums von innen.

Unnötige Autonomie?

Die Diskussionen während des Wahlkampfs lieferten interessante Beispiele für polnische Besonderheiten beim Verständnis der Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Das kann anhand der Idee von der Autonomie irdischer Realitäten gezeigt werden, die sich in der Pastoralkonstitution *Gaudium et Spes* des Zweiten Vatikanischen Konzils u. a. in der Empfehlung ausdrückte, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche nach dem Prinzip der gegenseitigen Achtung von Autonomie und Unabhängigkeit zu gestalten. Dieses Prinzip gelangte interessanterweise dank Tadeusz Mazowiecki wortwörtlich in die Verfassung der Republik Polen von 1997, war aber bereits zuvor Teil des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen von 1993. Es könnte also den Anschein haben, als sei diese Frage zumindest für die Kirche unumstößlich.

Die gegenwärtig spürbare Wiedergeburt der katholischen Abneigung gegenüber der Idee der Autonomie rührt wahrscheinlich aus der Angst her, dass jedwede Spaltung von Staat und Kirche leicht zu einer Privatisierung des Glaubens führen kann, zu einer Entblößung des öffentlichen

Raums von religiösen Symbolen und religiöser Rhetorik, dazu, dass der Kirche das Recht auf die von Fall zu Fall nötige Äußerung moralischer Beunruhigung genommen wird. Doch wenn ein halbes Jahrhundert nach dem Konzil hier etwas offensichtlich sein sollte, so wohl kaum die Negierung von Autonomie, sondern ihre Bekräftigung. Warum also hat etwa Wacław Depo, Erzbischof von Tschenstochau, sie bei einer Predigt am 15. August 2015 als „verkehrt und künstlich“ bezeichnet? Es scheint, als ginge es hier darum, an das vorkonziliare Verhältnis zwischen Staat und Kirche anzuknüpfen, in dem das Streben nach einem katholischen Staat zum Ideal erklärt wurde. Angesichts des gegenwärtig anwachsenden kulturellen und weltanschaulichen Pluralismus hat das Zweite Vatikanische Konzil darauf verzichtet, die Kirche über den Staat stellen zu wollen. Die Versuchung dazu ist anscheinend jedoch geblieben.

Nach den Wahlen: Einheit und Probleme

In den ersten Monaten der PiS-Regierung gab es weitere Beispiele dafür, dass sich Politiker dieser Partei an die Kirche „anbiedern“. Es gibt jedoch auch Symptome für eine Abkehr der Kirche von zu engen Beziehungen zur PiS.

Das Bestreben nach einer Symbiose zeigte sich besonders stark bei den Feierlichkeiten zum 1050. Jubiläum der Taufe Polens. Dieses Ereignis war für die Regierenden Anlass, die ersehnte Einheit von Staat und Kirche zu zelebrieren. Oft und gerne wurde betont, dass diese Einheit in der Geschichte Polens etwas Neues sei, da die 1000-Jahr-Feier der Taufe 1966 in die Zeit einer sehr scharfen antikirchlichen Kampagne vonseiten der kommunistischen Machthaber fiel. PiS-Politiker erklärten bereitwillig, dass die wichtigste Parole ihrer Reformen, „die Wende zum Guten“ (*dobra zmiana*), im Grunde nichts anderes sei als das von der Kirche vorbereitete Programm der geistigen und moralischen Erneuerung.

Nach Ansicht vieler PiS-Politiker ist die wichtigste Parole ihrer Reformen, „die Wende zum Guten“, im Grunde nichts anderes als das von der Kirche vorbereitete Programm der geistigen und moralischen Erneuerung.

Zum visuellen Symbol der ersehnten Einheit von Thron und Altar wurde ein Gruppenbild staatlicher und kirchlicher Vertreter nach der feierlichen Sitzung beider Parlamentskammern aus Anlass des Jubiläums der Taufe Polens. Dieses Foto zeigt keine große Vertrautheit oder Herzlichkeit – doch es ist bezeichnend, dass die Leiter der polnischen Bi-

schofskonferenz Schulter an Schulter mit den Vertretern des Staates stehen (die passenderweise derzeit ausschließlich der PiS entstammen). Solche Symbole werden rasch überinterpretiert, indem man etwa den Eindruck erweckt, die Beziehungen zueinander seien enger, als es in Wirklichkeit der Fall ist.

Davon, dass diese Einheit gar nicht so stark ist, zeugen jedoch deutliche Meinungsunterschiede, die sich zwischen der Staatsmacht und dem Episkopat ergeben. Es genügt, zwei wichtige Beispiele zu nennen:

- Bei der *Aufnahme von Flüchtlingen* stellt sich die polnische Regierung einmütig gegen die Aufnahme von Asylsuchenden. Als grundlegendes Argument wird eine Bedrohung der nationalen Sicherheit genannt. Die Verlautbarungen der Bischöfe klingen jedoch anders. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Erzbischof Stanisław Gądecki, gab einen Tag vor Papst Franziskus die Parole aus, „jede Pfarrei könnte Flüchtlinge aufnehmen“. Die sich am stärksten für die Flüchtlinge einsetzenden Bischöfe wie Erzbischof Wojciech Polak aus Gnesen, zugleich Primas Polens, oder Weihbischof Krzysz-

tof Zadarko aus Köslin unterstreichen, dass „Christus heute das Gesicht eines Flüchtlings“ habe. Dennoch bleiben die bischöflichen Anregungen lediglich Worte, da ohne Zustimmung der Re-

Beim Thema „Aufnahme von Flüchtlingen“ bestehen zwischen der Regierung und den polnischen Bischöfen erhebliche Meinungsunterschiede.

gierung schließlich niemand ins Land gelassen werden oder hier Asyl erhalten kann. Die Lage wird immer angespannter und das Bewusstsein wächst, dass sich die Erfordernisse der Evangelien radikal von der Regierungspolitik unterscheiden.

- Dann die *Einstellung zum Nationalismus*. In Polen wachsen ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern fremdenfeindliche Stimmungen, wodurch auch die Ideologie des radikal rechten Nationalismus neu genährt wird. Die polnischen Nationalisten unterscheiden sich insofern von den westeuropäischen, als sie sich gerne auf den Katholizismus berufen. Die Regierung bleibt passiv und schweigt angesichts immer neuer antisemitischer oder nationalistischer Exzesse. Offensichtlich ist es für die PiS nicht opportun, sich von diesen Kreisen abzugrenzen. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz differenziert hingegen eindeutig zwischen gesundem Patriotismus und krankem Nationalismus; er erinnert daran, dass nationalistischer Fremdenhass nichts mit Christentum zu tun habe.

Gleichzeitig haben aber kirchliche Institutionen keine Probleme damit, von der neuen Regierung neue Privilegien zu erhalten. Ein bezeichnendes Beispiel war hier die Novelle des Gesetzes über den Verkauf landwirtschaftlicher Flächen. Dieses Gesetz schränkt den Landverkauf stark ein. In der letzten Phase der parlamentarischen Beratungen wurde hier jedoch eine wesentliche Ergänzung gemacht – die Beschränkungen erstrecken sich nun nicht auf kirchliche Einrichtungen. Hier ist an den unschätzbaren Hinweis des Zweiten Vatikanischen Konzils zu denken: „Doch setzt sie (die Kirche) ihre Hoffnung nicht auf Privilegien, die ihr von der staatlichen Autorität angeboten werden. Sie wird sogar auf die Ausübung von legitim erworbenen Rechten verzichten, wenn feststeht, dass durch deren Inanspruchnahme die Lauterkeit ihres Zeugnisses infrage gestellt ist oder wenn veränderte Lebensverhältnisse eine andere Regelung fordern.“

* * *

Ich glaube immer noch daran, dass wir nicht zu einer polnischen Version der Einheit von Thron und Altar sowie zu der sich daraus ergebenden Verweltlichung verurteilt sind. Die Staatsmacht wird sicher weiterhin versuchen, sich an die Kirche „anzuheften“. Also muss die Kirchenführung sich auch gut von ihr „abheften“ können, indem sie die beiderseitige Autonomie von Kirche und Staat betont, die schließlich in zwei Verfassungen festgehalten ist – jener des Konzils und jener des Staates. Man muss nur wollen. Doch damit gibt es so seine Schwierigkeiten ...

Aus dem Polnischen übersetzt von Peter Oliver Loew.